

1912.
sind mit
3411-415
8801-885
8316-8320
9026-9090
9380-9390
9901-9905
62711-
50 96021
1 12345
1 12345
213-215
14146-
0 15151
25-2985
05 17821
(1000)
32611
04671
20622
031-035
32721
130-131
244578
0 35546
3 36171
011-015
37271
336-340
796-800
40821
2501 365
336821-
336-350
336-350
58436
16-20
552616
(1000)
96-909
825-826
825-826
(1250)
011-015
64179
336-350
63901
11-915
97-179
76629
72676
(1250)
32821
311-335
74679
336-350
79881
(1000)
82886
11-75
85429
36-200
87941
88496
381-405
1000
89021
11-705
92941
96181
(1000)
96181
02236
0 239
-719
-825
-825
-105
00921
-690
19176
-515
28856
-690
64141
-835
381-
-225
22116
-129
92946
93946
-329
1000
45796
809
43936
-015
-505
57356
18776
-185
39966
-305
9946
-835
9009
-880
71-
-645
-040
-105
-570
-490
32-
9296
1841
381
6611
777
138
100
138
878
545
200
1-215
138
890
750
381
381
220
790
707

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1912. Nr. 75. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 205.

Zweite Ausgabe Mittwoch, 14. Februar 1912.

Verlagsgesellschaft für die sächsische Provinz in Halle a. S. Druck und Verlag von Cotta'sche Buchverlagsanstalt in Halle a. S.

Der wundeste Punkt des Reichstagswahlrechts.

Das das bescheidende Ergebnis der letzten Wahlen erneut die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Gefahren des Reichstagswahlrechts für das Reichswahl hinlenken mußte, war vorzuziehen. Dabei überfiel man aber, daß diese Gefahr erst dadurch zur Unertüchlichkeit gesteigert wird, daß dem Reichstagswahlrecht eine Subjektbestimmung fehlt, die jenseitig auch die demokratischen Wahlrechte besitzen, nämlich eine Anhängigkeitssklausel. Das französische Wahlrecht, das eine einzige, welches ebenso demokratisch wie die deutsche, enthält eine jenseitig verbindliche Anhängigkeitssklausel, deren Wirkung aber die ist, daß im Durchschnitt nur der Wähler kann, der zur Hälfte dreiviertel Jahre am Wahlort anständig ist. Das preussische Wahlrecht fordert eine sechsmonatliche Anhängigkeit. Es beginnt sogar schon mit dem 24. Lebensjahre, nicht andererseits aber allerdings die nichtpreussischen Deutschen aus. Beide Bestimmungen mögen sich hinsichtlich ihrer erweiternden bzw. einschränkenden Wirkung etwa aufheben. Trotzdem sind nach dem preussischen Wahlrecht nur etwa 19 1/2%, nach demjenigen für den Reichstag aber 22 1/2% der Gesamtbevölkerung wahlberechtigt. Dieser Unterschied von 3 v. H. der Gesamtbevölkerung würde also bei einer Reichsbevölkerung von 65 Millionen die Reichstagswähler um etwa 2 Millionen vermindern. Das die Förderung einer sechsmonatlichen Anhängigkeit einen so großen Unterschied machen könnte, mag auf den ersten Blick befremdlich erscheinen, trotzdem ist es eine Tatsache, die uns erklärlich wird, wenn wir bedenken, daß die tatsächlichen Wähler der großen Städte fast überall eine Wanderbevölkerung von etwa 1/2 stellen. In jeder Großstadt gehen auf 100 000 Einwohner jährlich etwa 16 000 bis 17 000 hinzu und dementsprechend 15 000 bis 16 000 fort. Diese Wanderbevölkerung sind es, die zum ganz wesentlichen Teile das Wahlrecht des Deutschen Reiches und Volkes in den Städten haben.

Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß von den etwa 2 Millionen Wählerberechtigten, die sich unter ihnen befinden, mindestens die größere Hälfte sozialdemokratisch ist. Nimmt man aber, hoch gerechnet, 800 000 davon für die bürgerlichen Parteien in Anspruch und teilt 1 200 000 den Sozialisten zu, so liegt es auf der Hand, daß deren Abrechnung auf beiden Seiten einen gewaltigen Ausfall für die Sozialisten bedeuten würde. Der weitaus größte Teil der von diesen erzielenden Siege ruht nur auf einer kleinen Stimmeneinheit. Der wohlwollende Einfluß der beschriebenen Schutzmaßregel wird noch dadurch bedeutend größer, daß diese Binnenwanderer sich zum ganz überwiegenden Teile in benutzten Wahlorten aufhalten. Die im Einwanderer der Sozialdemokratie liegen. Damit man sie sich über diejenigen 200 Reichstagswahlkreise verteilt, in denen die Sozialdemokratie am stärksten ist, so würde ihr Ausfall von Wahlrecht, mangels genügender Dauer der Anhängigkeit, für die Sozialisten durchschneidend etwa 6 000, für die Bürgerlichen je 4 000 Stimmen Ausfall bedeuten. Bei einer Verlesung um 2000 Stimmen würde aber immerhin ein Drittel bis zur Hälfte der sozialistischen Ziele wackeln.

Es ist demnach eine Liebererhebung, wenn man behauptet, daß die Sozialdemokratie fast die Hälfte ihrer Erfolge vermittels dieser teils durch die moderne Entwicklung, teils aber auch infolge ihrer eigenen Unzulänglichkeit in Bewegung gesetzten Binnenwanderer erzielt hat. Während diese Binnenwanderer, die ja nicht ständige, sondern einzeln umherziehen, für jede andere politische Partei völlig unerschickbar sind, fallen sie dem Umsturz um so sicherer zur Beute. Wie die Geier fliegen sie die gewerkschaftlichen Werber auf jeden Neuling, denen meist die Urteilskraft, vielfach auch der Mut fehlt, sich dem ausgeübten Druck entgegenzusetzen.

Um so mehr ist hier Abhilfe nötig. Wie kann Deutschland eine Subjektbestimmung entgegen, die andere, demokratischere Staaten mit weit geringerer Binnenwanderung als selbstverständlich erachtet! Außerdem handelt es sich hierbei um eine Verbesserung, für die vielleicht sogar der Reichstag zu haben wäre, wenn auch wohl kaum in der gegenwärtigen Zusammensetzung. So lange das aber nicht möglich ist, sollte man diesen Vorstoß wenigstens dem bilden Gerede von der Ungerechtigkeit der Wahlkreis-einteilung entgegenzusetzen, einem Gerede, das in seiner Wirkung darauf hinausläuft, den urteillosen Massen, welche unsere Entwicklung mit einer solchen Schnellleiste an wenigen Orten zusammengepfercht hat, daß niemand sie vor der strengen Forderung des Sozialismus erretten konnte, einen noch größeren Einfluß auf unsern Volkes Zukunft zu gewähren, wie sie ihn leider ohnehin schon besitzen. D. V. C.

Zur Präsidentenkrise im Reichstage.

Ueber nationalliberale Kundgebungen im Lande wird weiter berichtet: Der große Vorstand des nationalliberalen Vereins W a g e b u r g macht in einer längeren, eifrigem angenom-

menen Resolution die Führer der Partei dafür verantwortlich, daß in einer so entscheidungsreichen Frage wie der Wahl des Reichstagspräsidenten die nationalliberale Reichstagsfraktion gespalten sein sollte. Von jeder sei es das vornehmste Pflichtgebot der nationalliberalen Partei gewesen, über alle tatsächlichen und sonstigen Parteistimmen die unbedingt die nationale Demokratie zu stellen. Dagegen sei durch die Stimmengabe für Bebel und Scheidemann in unerhörter Weise verstoßen worden. Die Entrüstung darüber in den Kreisen der Partei sei so groß, daß die Zukunft der Partei durch die geschehenen Ereignisse. Der Verein fordert sogleich die Einberufung des Zentralrates und des allgem. Vertreterkongresses, um mit radikalster Entscheidung volle Klarheit zu schaffen.

Ferner hat der gesamte Vorstand des nationalliberalen Reichvereins in Dresden eine Erklärung beschlossen, in der er einstimmig die Forderung äußert, daß bei der Präsidentenwahl nationalliberale Stimmen auf Bebel gehen sollen. Der Verein spricht die Erwartung aus, daß bei den nächsten Wahlen keine nationalliberale Stimme auf einen Sozialdemokraten bei der Wahl des ersten Präsidenten fallen und daß kein Großloppräsidium geschaffen werde.

Der Provinzialverband Schlefien der nationalliberalen Partei hat an den Abgeordneten Vassermann folgendes Telegramm geschickt: Wir bedauern aufrichtig, daß Mitglieder der nationalliberalen Reichstagsfraktion ihre Stimme für Bebel als Präsidenten des Reichstages abgeben konnten und begrüßen mit Beugung den Fraktionsbeschluss, wonach nunmehr unsere Partei eine Beteiligung am Präsidium ablehnt. Kommen des nationalliberalen Provinzialverbandes Schlefien: Der Vorsitzende, Dr. Böttger.

Der nationalliberale Abgeordnete und bisherige zweite Vizepräsident des deutschen Reichstages, Dr. Baasche, läßt inwieweit in der „Berliner Morgenpost“ folgende Erklärung veröffentlicht:

„Ich habe an der Sitzung der nationalliberalen Partei nicht teilgenommen. Ich wurde telephonisch eingeladen, mußte aber, da ich geschäftlich verhindert war, ablehnen. Mir ist der Beschluß der Fraktion gegenüber, den die Partei zu fassen, mitgeteilt worden. Ich muß mir daher meine Stellung zu dem Beschlusse noch durchaus vorbehalten. Es wird sich ja bei der Präsidentenwahl zeigen, ob für mich die Verantwortung vorliegt, von meinem Votum zurückzutreten. Die Möglichkeit ist ja noch vorhanden, daß ein Kandidat aus dem Zentrum oder der Rechten gewählt werden könnte. In diesem Falle ist es erforderlich ist, Verhandlungen zwischen den Parteien nicht ja in dieser Richtung geführt worden.“

Der italienisch-türkische Krieg.

Die Hinger. — Flüchtlinge. Aus Tripolis meldet die „Agenzia Stefani“: Am Montag früh unternahm die Admiralität Moise und Cavotti einen Zug nach Homs. Moise kehrte gegen Mittag wieder zurück, während Cavotti in Homs blieb. — In Angara und in der Gegend sind zahlreiche halberbener, in Kummern gefüllte Flüchtlinge angekommen, die aus Ajzija und anderen Orten kamen und den Leuten von Larhuna, die die Wege bewachen, entkiffert waren.

Maßnahmen gegen Italien. Wie die Konstantinopeler Blätter melden, hat die Horde den Mächten mitgeteilt, sie werde alle Geschäfte von Italienern schließen und noch andere Maßnahmen gegen die in der Türkei lebenden Italiener treffen, wenn Italien eine Aktion im Archipel oder in den Dardanellen unternahme.

Neue heftige Kämpfe. Die „Agenzia Stefani“ meldet aus Derna unter dem 13. Februar: In der vergangenen Nacht führte der Feind zwei heftige Angriffe auf die italienische Südfront aus; beide wurden erfolgreich zurückgewiesen.

Der erste dieser Angriffe, der sehr heftig war, wurde abends gegen 11 Uhr durch eine Bewegung begonnen, die darauf abzielte, die vorgeschobene neue italienische Verteidigungslinie und die rechte Seite der älteren Linie, die sich weiter zurück befindet, einzufassen. Der Angriff wurde von einer Kompanie des Gebirgsbataillons Eolo, die das neuangelegte kleine Fort Kombarbia bewacht, und von anderen Kompanien desselben Bataillons, die sofort herbeieilten, zurückgeschlagen. Zwei aufeinander folgende Angriffe mit Betonen trafen der für Fort, die sich gleichzeitig gegen andere Abteilungen gegen den italienischen äußersten rechten Flügel und machten zweimal einen Angriff auf die Redoute, wurden aber beide Male an das heftigste Kampfe bei den Drahtbindenriffen vor der Redoute zurückgedrängt. Zum Erfolg der Italiener trugen nicht wenig das sehr wirksame und zur rechten Zeit erfolgende Eingreifen der für Fort, die sich zweckmäßige Verwendung der Hunde, die den Vortritt der Feinde unbehindert, und die georgartige Wirkung der Scheinwerfer bei, die, trotzdem sie ganz besonders das Ziel eines ständigen feindlichen Feuers waren, ruhig und geduldig gehandhabt wurden. Am 2 Uhr morgens war der Feind vollständig zurückgeschlagen. Vor diesem Zeit der italienischen Front wurden bei Tagesanbruch zahlreiche Reichen sehr unerwartet feindlicher Verluste wahrgenommen, außer sechzig Toten wurden ein Schwerverwundeter und in weitem Umkreise zerstreute Teile menschlicher Körper gefunden. Die Verluste auf italienischer Seite beliefen sich auf drei Tote und 22 Verletzte, darunter ein Offizier. Während dieser Kampf zu Ende ging, triffen andere Einheitskräfte am rechten Ufer des Dernaflusses das kleine Fort Piemonte und die Schangan F und C an und drangen auch hier bis dicht an die

italienischen Drahtbindenriffe und die demgegenüberigen Verteidigungswerke vor, von wo sie auf weniger als 200 Meter Abstand ein heftiges aber wirkungsloses Feuer eröffneten. Auch dieser Angriff war unter Mitwirkung der Artillerie gegen 3 Uhr vollständig zurückgewiesen. In diesem Kampf hatten die Italiener keine Verluste.

Zobann meldet die „Agenzia Stefani“ aus Tobruk: Am Dienstag früh schiften einige feindliche Gruppen ein Feuer gegen eine Abteilung Italiener, die einen Hügel besetzen wollten, wurden aber durch einige Schüsse aus den Stellungen des Forts vertrieben. Später begannen andere Gruppen aus großer Entfernung auf eine italienische Kompanie zu schießen, die zur Erkundung einer kirchlich eingekommenen Stellung des Feindes entandt war. Die Kompanie erwiderte, unterstützt von einigen Feldgeschützen, das Feuer. Aus Wutputzen, die in den von den Feinden geräumten Stellungen vorgefunden wurden, ging hervor, daß die Feinde empfindliche Verluste gehabt haben.

Deutsches Reich.

* Se. Maj. der Kaiser konterte am Dienstag morgen mit dem Reichskanzler. Mittags folgte Se. Maj. einer Einladung zur Frühstückstafel beim Admiral von S o l l m a n n. Ferner hörte der Kaiser die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts v. Lyn der und des Chefs des Admiralstabes der Marine, v. Heeringen.

Saldane beim König von England. Der König von England hat am Dienstag nachmittag den kriegsminister Saldane im Buckinghampalast empfangen. Es ist hervorzuheben, daß Saldane auch vor seiner Abreise nach Deutschland eine Audienz beim König hatte.

Bei Redaktionsführung wird uns noch aus London gedruckt: Die Audienz Saldanes beim König währte 50 Minuten. Sehr bemerkt wird, daß vorher der Marine-Minister eine 1/2stündige Audienz beim König hatte. Beide Audienzen währten für englische Gesandtschaften ungewöhnlich lange.

Die Londoner „Press Association“ meldet noch, in amtlichen Londoner Kreisen werde jetzt zugegeben, daß die Berliner Reise Saldanes nur in dem Sinne einen privaten Charakter trug, daß er nicht formell von der britischen Regierung zum außerordentlichen Gesandten an die deutsche Regierung bestellt worden war. Es sei auch nicht korrekt, daß Lord Saldane von dem Premierminister erluhrt worden sei, nach Berlin zu gehen. Die Lage war vielmehr die, daß es wünschenswert erschien, gewisse Fragen mit den deutschen Behörden zu erörtern; Saldane habe es darauf mit übernommen, sie bei seinem Besuche in Berlin zur Sprache zu bringen und zu erörtern, falls sich Gelegenheit dazu bieten sollte. Der persönliche Charakter der Mission sei wahrscheinlich deshalb so nachdrücklich betont worden, weil man auf beiden Seiten der Nordsee klar machen wollte, daß der Staatssekretär des Krieges sich nicht in der Lage befindet, seine Regierung irgendwie formell zu verpflichten, sondern in ihrem Sinne nur aus erster Hand Erkundigungen über Punkte habe einziehen wollen, über die eine gewisse Unruhe bestand.

* Unerfreuliches Ende der Brüsseler Konferenz. Die Ständige Kommission der internationalen Konferenz in Brüssel hat am gestrigen Dienstag ihre Arbeiten unterbrochen. Sie wird erst am 26. Februar wieder zusammenzutreten. Ueber die letzte Sitzung wird folgendes offizielle Communiqué veröffentlicht:

Die Ständige Kommission der internationalen Konferenz hat ihre heutige Sitzung dazu benutzt, einen endgültigen Vertragsentwurf auszuarbeiten. Sie hat hierauf die erzielten Ergebnisse zusammengefasst und festgestellt, daß das Einverständnis aller Länder über folgende zwei Punkte erzielt wurde:

1. Die Erneuerung der Konvention nach deren Ablauf auf weitere fünf Jahre unter den gleichen Bedingungen wie zuvor.

2. Aufstand ist ein außerordentliches Exportkontingent von 250 000 Tonnen zu bewilligen (?), wovon 150 000 Tonnen auf die Kampagne 1911/12 kommen, während 100 000 Tonnen auf die verschiedenen Kampagnen späteren Datums zu verteilen sind.

Die einzige Frage, die noch zu regeln ist, ist, wie die Verteilung der 100 000 Tonnen auf die verschiedenen Kampagnen oder in welchem Verhältnis sie stattfinden soll. Wenn man die Bedeutung der Punkte, über die eine Einigung erzielt wurde, in Betracht zieht, so ergibt sich, daß sich die Kommission nur noch über eine untergeordnete (?) Frage zu einigen hat. Unter diesen Bedingungen wurde es für nützlich gehalten, die ausländischen Delegierten nicht mehr in Brüssel festzuhalten, um die verschiedenen Möglichkeiten der Verteilung herauszufinden. Man erklärte sich vielmehr damit einverstanden, daß diese Frage zwischen den beiden hauptsächlich beteiligten Ländern, zwischen Deutschland und Rußland, auf direktem Wege diese Frage zwischen den beiden hauptsächlich beteiligten

Die Aktien in der Berliner Börse sind zu den folgenden Kursen...

Berliner Börse, 3. Febr. 1912

am Montag den 3. Febr. 1912. Fr. 10.00, Sa. 10.00, So. 10.00...

Main table containing stock market data with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Deutsche Prämien', 'Bank-Aktien', 'Industrie-Aktien', and 'Wechselkurse'.

Vertical text on the right side of the page, likely containing additional market information or commentary.

